

Saale-Beitung.

Vierteundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenreihe über dem
Namen mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, 1 sowie von
unseren Annoncenstellen mit allen
Kameras-Expeditoren angenommen.
Reklamen die Seite 75 Pfg. für Halle
und auswärts 1 Mk.
Ercheint täglich zweimal,
Sonntags und Feiertags ausnahmslos.

Redaktion und Druck-Gesellschaft:
Halle, Gr. Braunschweigstr. 17;
Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-
straße 63, 1; Telefon Nr. 591 u. 1716.

Nr. 83.

Halle a. S., Sonnabend, den 19. Februar.

1910.

Deutscher Reichstag.

Ablehnung des Coleranzantrages. — Die sozialdemokratische Interpellation und der Reichskanzler. — Staatssekretär Dr. Delbrück über die Entwicklung des Reichs.

39. Sitzung vom Freitag, den 18. Februar.

Am Tische des Bundesrats: **Delbrück.**
Das Haus ist stark besetzt.
Vizepräsident **Dr. Spahn** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr
15 Minuten.

Die Abkimmungen über den Coleranzantrag.

In namentlicher Abstimmung wird zu-
nächst der Zusatzantrag der Sozialdemokraten mit
233 gegen 89 freijüngliche und sozialdemokratische Stimmen
abgelehnt.

Darauf wird auch der Antrag des Zentrums mit
160 gegen 150 Stimmen bei acht Enthaltungen
gegen die Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten
und der Polen abgelehnt.

„Die sozialdemokratische Interpellation über die Verhörungen
des Reichskanzlers im Abgeordnetenhaus.“

Staatssekretär **Delbrück**

erklärt, daß der Reichskanzler bereit sei, die Inter-
pellation morgen zu beantworten.

Vizepräsident **Dr. Spahn:**

Es wird nach als erster Gegenstand auf die morgige Tages-
ordnung gesetzt werden.

Der Etat für das Reichsamt des Inneren.

Dazu liegen 38 Resolutionen vor.

Vizepräsident **Dr. Spahn**

bittet, bei der Debatte die Materien nicht wieder zu berühren, die in
den letzten Jahren bereits besprochen worden, ebenso die in
der Reichsversicherungsordnung geregelten Fragen.
Die Aussprache beginnt beim Gehalt des Staatssekretärs.

Hg. Meyer-Kaufbeuren (Ztr.)

weil auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands hin. Zu
Beginn des Jahres 1909 sei unsere Handelsbilanz stark leidend
gewesen, sie habe sich aber seitdem von Monat zu Monat gebessert.
Diese Bessermomente könne gefördert werden, indem wir einerseits
den Export unserer Industrie zu steigern, andererseits uns in
unserm Verbrauch möglichst unabhängig vom Auslande zu machen
bemüht bleiben. Unsere Rohstoff-Exportpolitik kostete falsche Wege
ein, indem sie wichtige Rohstoffe verschleierte, im Auslande billiger
liefern als im Inlande. Die Rohstoffe sei wieder einmal zu dem
überhiesigen Dumpfpreis geworden, als den sie vor 3 Jahren bezahlt
bezeichnet habe. Das sei eine nachträgliche Rechtfertigung aller
der Behaupten, die er und seine Freunde i. Zt. gegen die neuen
Bestimmungen im Rohstoffgesetz geäußert hätten. Der
Anreiz zu neuen und immer neuen Gründungen würde fehlen,
wenn nicht die Großbanken ihre Aktienkapitalien immer wieder
neu neuem verzögerten. Einer Beaufsichtigung und Regelung
bedürfte das Kartellwesen. Schon vor Jahren habe der Reichs-
tag eine dahingehende Resolution beschlossen. Wenn auch die
Reichsregierung noch nicht gesetzgebend auf dem Boden dieser
Wünsche des Reichstages getreten sei, so sei doch tatsächlich schon
einiges geschehen: so die Aufhebung der Exportprämie für das
Kohlenkohlenbitte, die in dem niedrigen Kohlenexporttariff lag. Auch
habe man in Leipzig habe durch gelegentlichen Bezug auslandischer,
höchstlicher, Kohle das Kohlenmonopol zur Herabsetzung seiner
Preis genügend und dadurch dem Reiche große Kosten erspart.
Auch auf das hohe Sandbitte solle die Regierung ihr Augenmerk
richten, denn zu hohe Selpreise könnten das Brot verteuern helfen.
Geradezu wegen die guten Sitten verstoße ferner die Art der Ver-
träge, die im deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft mit dem
Deutlichen abflossene. Mit der Frage der Schiffahrtsabgaben
sollten die Bestimmungen endlich einmal zu einem Ende kommen!
Rechner werden sich zum Schluß noch gegen den Sanftmut, Hand-
werker und Kleingewerbetreibende gehören keinesfalls in den
Interessensbereich von Großindustrie und Handel. Seine Stellung
zum Sanftmut sei daher, was den Mittelstand anlangt, eine
durchaus ablehnende.

Staatssekretär **Dr. Delbrück:**

Ich bitte zunächst um Nachsicht, wenn ich in der kurzen Zeit
meiner Amtsführung noch nicht die Einzelmaterialien so durch-
arbeiten konnte, um sie in der Weise beantworten zu können, wie
ich sie in den nächsten Jahren beantworten zu können hoffe. Es
ist nicht meine Absicht, hier ein Programm meiner künftigen
Tätigkeit zu entwickeln, aus dem einfachen Grunde, weil die Ziele,
die das Reichsamt seit Jahrzehnten konsequent verfolgt, für jeden-
mann klar liegen, aber doch möchte ich heute, wo ich zu
einem Male den Etat des Reichsamts des Inneren
vertritt, kurz die Frage woher und wohin der Fabri-
kation. Mit der Errichtung des Deutschen Reiches hat für
Deutschland eine Periode ihren Anfang gefunden, die ausgefüllt
war mit den Kämpfen um die Volkswirtschaft. Danach hat eine
Periode wirtschaftlicher Ruhe begonnen, und nun ist an die
Stelle eines hochgeplanten politischen und wirtschaftlichen Kampfes
ein ungeplanter sozialpolitischer Zug der Konzentration aller
wirtschaftlichen Kräfte, einer Konzentration der Kräfte zur ge-
meinsamen Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Ziele getreten. Dieser
Zug ist die Ursache, daß wir heute, wo ich nicht nur
den Etat des Reichsamts des Inneren, sondern auch die
Entwicklung innerwärts der

letzten Jahrzehnte, sondern auch unserer wissenschaftlichen, unseren
ethischen und unseren ästhetischen Empfindungen das charakteristische
Gepräge gibt. Für die Orientierung unserer Wirtschaftspolitik
im Laufe der letzten Jahrzehnte sind zwei Momente maßgebend:
die hochgespannte Entwicklung von Industrie
und Handel und die Ausgestaltung unserer Land-
wirtschaft. Die Umwälzungen, die sich vollzogen haben, sind
so tiefgreifend, daß beinahe kein Gebiet unseres Volks-
und unseres Wirtschaftslebens unberührt geblieben ist. Als Kon-
sequenz unserer zunehmenden industriellen Entwicklung meldete
sich bald

Die soziale Frage.

Die Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern haben in
weitem Umfange die Gesetzgebung des Reichstages befruchtet. Die
Aufgaben, die wir auf diesem Gebiete gelöst haben, mögen groß
gewesen sein — abgeschlossen ist die Entwicklung jedenfalls noch
nicht. Die Wanderbewegungen, die sich vollzogen haben, beschränken
sich aber nicht bloß auf Arbeiter- und Lohnfragen, auch die Schwierig-
keiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft sind nur ein Glied
in der Entwicklung des ganzen Wirtschaftslebens. Diese
Schwierigkeiten nehmen ihren Anfang in der ständigen Umwand-
lung unserer Marktverhältnisse, unserer Eisenbahnverbindungen
und in der enormen Entwicklung der internatio-
nalen Schifffahrt, die in der Preisbildung unserer land-
wirtschaftlichen Produkte so starke Veränderungen gebracht haben,
daß diese landwirtschaftliche Existenzen dadurch
auf einen an den Rand des Verderbens gekommen sind.
(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Diese aus der Weltkon-
junktur sich ergebenden Schwierigkeiten wurden vergrößert dadurch,
daß ein großer Teil der Landwirte zu einer Zeit davon betroffen
wurden, wo die Naturwirtschaft mit der Geldwirtschaft im Kampfe
lag, und insbesondere das kaumnützliche Vorkommen des Landwirtes
den wackeligen zu Gebote stand. Auch die Frage für die
Landwirtschaft hat uns in den letzten Jahrzehnten nach-
haltig, und ich kann wohl sagen nicht ohne Erfolg, beschäftigt.
Am veränderlichsten und für den Volkswirt und Gesetzgeber am
unbequemsten hat die gealterte Entwicklung unserer
Industrie und unseres Handels zum Großen eingewirkt
auf diejenigen Schichten, die von rechts und links gerieben
wurden, auf den selbständigen gewerblichen Mittel-
stand. (Sehr richtig! rechts und im Ztr.) An der Erhaltung
dieses Standes muß jedes Staat und jedes ernste Politiker
viel gelegen sein. (Zustimmung rechts.) Deshalb hat

Die Mittelhandspolitik

uns bisher so ernsthaft beschäftigt, und sie wird uns noch manche
schwierige und schwerelose Aufgabe bieten. Handel es sich
doch hier nicht darum, etwas neu zu entwickeln, sondern darum,
bestehende Zustände zu schützen, die von rechts und links ange-
griffen und aufgelöst werden. In dieser Sprödigkeit der Materie
liegen ihre Schwierigkeiten. Bei der Handelspolitik wollen wir
nicht vergessen, daß bei ihr in erster Linie nicht die Interessen
der Landwirtschaft, sondern die Interessen der Industrie den An-
stoß gegeben haben. 25 Jahre lang beschäftigt sich das deutsche
Volk, der Reichstag und die verbündeten Regierungen mit diesen
Fragen. Da wäre man wohl berechtigt, die Frage aufzuwerfen:
sind denn nun auf diesem Gebiete die Aufgaben
nicht abgeschlossen, sind nicht neuere, wichtigere und größere
Aufgaben aus dem Verhältnis herauszuwachsen? Gewiß, 25 Jahre
eine lange Zeit, und in 25 Jahren intensiver und stetiger
Arbeit verfließt sich vieles in den Aufgaben, die ein großes
Volk beschäftigen. Wie die Dinge heute aber liegen, kann man
nicht sagen, daß wir auf irgend einem dieser Gebiete in der Lage
wären, die Waffen niederzulegen. Wohl liegt schon
in der Entwicklung der Dinge der Anstoß zu neuen Problemen,
die uns im Laufe der Jahre mit wachsendem Druck in Anspruch
nehmen werden. Aber ich habe die Überzeugung, diese Fragen
werden jeden Staatsmann, der an meiner Stelle steht, im Laufe
der nächsten Zeit mit unüberdachtlicher Gewalt fest-
halten und nötigen, an ihnen zu arbeiten. Von allen diesen
Fragen hat keine eine so gewaltige Stoffkraft entwickelt, als das,
was wir gemeinhin mit dem Begriff „Sozialpolitik“
zu benennen pflegen. Das hat seinen Grund nicht allein darin, daß
es unmittelbar beteiligten Klassen, die Arbeiter, es verstanden haben,
sich innerhalb und außerhalb dieses Hauses eine entschlossene
und wirkungsvolle Vertretung zu verschaffen. Das
liegt auch nicht daran, daß über die Kräfte der Arbeiter hinaus
große Parteien dieses Hauses dieser Frage ein besonderes und
andauerndes Interesse entgegenbringen. Sondern das liegt daran,
daß in diesen sozialen Fragen das deutsche Volk die Summe
seiner ganzen Ideismus hineinlegt. (Sehr richtig!)
Nicht der Gesetzgeber, nicht der Sozialpolitiker und nicht der So-
zialist allein beschäftigen sich ausschließlich in Deutschland mit
der sozialen Frage.

Der sozialdemokratische Zug

geht auch durch unsere Wissenschaft, durch die Literatur, durch die
isobne Literatur und selbst die Werke unserer Kunst sind nicht frei
von diesem sozialistischen Zug. Er durchdringt unser ganzes bür-
gerliches Leben. Unverkennbar ist ein Zug, wie man sich
trivial ausdrücken pflegt, fast sozial zu gehen. Solange das
deutsche Volk seinen Beizismus in diesen Fragen konzentriert,
wird niemand daran denken können, unserer Sozialpolitik andere
Richtlinien und ein wenig anderes Gepräge zu geben, als sie

heute hat. Allerdings wird man sich fragen müssen: haben die
Mittel, die wir aufgewendet haben, nur auch überall die Erfolge
gezeitigt, die wir gemäht haben? Werden wir nicht im Laufe
der Zeit auch diese Fragen von anderen Gesichtspunkten auslösen?
Gewiß, was wir auf diesem Gebiete geschaffen haben, wird be-
dauernschwerlich werden, geht weit darüber hinaus, was andere
Länder geleistet haben. Aber eine Aufgabe haben wir nicht ge-
löst. Es ist uns nicht gelungen, die tiefe Kluft zu überbrücken,
die die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Jahrzehnte gerissen haben,
und die das deutsche Volk zu seinem Schaden in zwei Teile teilt.
(Sehr richtig!) Wir werden uns bei allen sozialpolitischen Auf-
gaben, bei allen neuen sozialpolitischen Problemen stets bewußt
sein müssen, daß unsere Handlungen und Entschlüsse nicht der
Tendenz getrieben sein müssen, zusammenzuführen und nicht zu
trennen, zu verbösen und nicht zu erörtern. (Beifall.) Diese
Trennung, die die sozialpolitischen Kämpfe uns gebracht haben,
ist ein Schaden für unser Volk, und vielleicht erst einmal eine
spätere Zeit voll erlassen kann. Wir aber wollen nicht verzweifeln,
daß bei allen sozialpolitischen Fragen es nicht die Sorge für
das materielle Wohl allein ist, die uns leiten soll, sondern daß es
sich darum handelt, unvergängliche Besitztümer zu schaffen. Diese
Besitztümer werden aber nur gemacht und vermehrt werden
können, wenn es gelingt, das ganze Volk in allen seinen Kreisen
um diese unvergänglichen Besitztümer zu führen. (Beifall.)

Hg. Pauli-Rotscham (sonf.)

daß dem Staatssekretär. Die Aufgabe ist schwer, aber da die
verbündeten Regierungen den guten Willen haben, wird auch ein
Weg gefunden werden, um namentlich dem Mittelstand zu helfen.
Wir können stolz sein auf unsere Sozialpolitik. Das hat Deutsch-
land mit monarchischer Regierungsförmigkeit fertig gebracht, während
gerade die Zeit, die von der Sozialpolitik der größten Vorteil
hat, die demokratische für das Ideal hält. Der Redner richtet
eine scharfe Abfrage an den Sanftmut und befragt sich dann
mit den Handwerkerforderungen. Not tut vor allem eine Umber-
nung des Handwerkerrechts, in erster Linie eine Abgrenzung von
Fabrik und Handwerk. Auch die Großindustrie muß zu den
Köpfen der handwerklichen Ausbildung herangezogen werden. Herr
Kraunmann geht mit seinen Forderungen zu weit, er lei ein
Idealist. Die raube Praxis sei anders als die Theorie. Hoffen-
lich wird der Staatssekretär das Handwerk wieder auf die frühere
Höhe bringen. (Beifall rechts.)

Hg. Hüner (Soz.):

Die Rede des Staatssekretärs hatte die Tendenz: es bleibt
alles beim alten. Was nicht es uns, wenn er die veränderte wirt-
schaftliche Struktur Deutschlands anerkennt, und wenn noch immer
die Gesetze in Geltung sind, die vielleicht vor 30 Jahren einmal
angebracht waren. Der Redner wirft dem Staatssekretär Ab-
hängigkeit vom Zentralverband deutscher Industrieller vor, über
dessen Intrigen auch der Graf Solowjow gestolpert sei.

Hg. Graf (Np.)

danft dem Staatssekretär dafür, daß er gute Beziehungen zum
Zentralverband unterhalte. Wir haben das Vertrauen zum
Staatssekretär, daß er die Interessen der Arbeiter wahrnehmen
wird. Der Redner fordert geistliches Einschreiten gegen den
Schmutz in Wort und Bild.

Das Haus vertagt sich.
Sonnabend 11 Uhr: Interpellation über die Wahrheit des
Reichskanzlers, Etat des Reichsamts des Inneren.

Deutsches Reich.

Die Unstimmigkeiten des Landtagswahlrechts.

L. C. Die Unstimmigkeiten des geltenden Landtagswahl-
rechts kommen in großen Städten besonders trotz zur Er-
scheinung; am eigenartigsten vielleicht in Charlotten-
burg. Stadtdirektor Meyer gab darüber in der letzten
Stadtdirektorenversammlung folgenden interessanten Daten:
Hiernach entfielen in Charlottenburg auf je 1000 Steuer-
zahler 35 Millionen. Die erste und die zweite Wahlklasse
umfassen zusammen 8700, die dritte Wahlklasse 54 000 Wähler.
In der dritten Wahlklasse hätten durchschnittlich 170 Wähler,
in der zweiten Wahlklasse 21, in der ersten 5 Wähler einen
Wahlmann zu wählen. Ein Wähler der dritten Wahlklasse
habe ein Einkommen von mehr als 100 000 Mk., in 20 Wahl-
bezirken gebietet Steuerzahler mit 30 500 bis 100 000 Mk.
Einkommen, in 35 Wahlbezirken Steuerzahler mit 9500 bis 30 500
Mk. zur dritten Klasse. Andererseits wählten in fünf Ur-
wahlbezirken solche Personen in der ersten Klasse, die gar
kein Einkommen verzeichneten, sondern nur zu einem sin-
geren Steuerhof von 3 Mark veranlagt seien. Zu solchen
schreienden Ungerechtigkeiten führe das bestehende
Gesetz. Dazu komme die Wahlrechtsstellung, durch die Char-
lottenburg schwer benachteiligt werde. Während die Stadt
Charlottenburg mit 63 000 Wählern einen Abgeordneten zu
stellen habe, wählten acht Wahlkreise mit weniger als 8500
Wählern je einen Abgeordneten. Die öffentliche Stimmabgabe
bedrohe die Freiheit der Wähler besonders in einer Stadt wie
Charlottenburg, in der ein heftiger Terrorismus durch Besoit-
andnung ausgelöst werden könne.
Gegenüber solchen Zahlen verfährt die berühmte
Statistik der Regierung gar nicht, die aus Durchschnitts-
ergebnissen berechnen wollte, daß eigentlich alles in höher
Ordnung liege. Ein noch so schöner „Durchschnitt“ kann den
Unfug und das Unrecht im einzelnen nicht wegstampfen.

An das Gleichnis vom Splittler und dem Balken

erinnert recht häufig das Verhalten des Zentrums.
Wie hat die Zentrumsparlei vor einigen Wochen über die

Regelung von Beamten in Rastow
wegen ihrer Abwanderung für Nationalpolitiker in den Stadtverordnetenrat gelangt. In Rastow und aber hat das Zentrum diesen abgelehnt, aus denen nachgewiesen werden soll, daß bei der letzten Stadtverordneten-Sitzung die Riegervereinsmitglieder dem sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme gegeben haben. Diese Listen bilden den Gegenstand von Denunziationen in den Riegervereinen. Es handelt sich um Wittlieb, die nie etwas mit der Sozialdemokratie zu tun gehabt haben. Auch im Riegerverein Dortmund-Cörne hat die Sache zur Sprache. Zwei Mitglieder sollten auf Betreiben der Zentrumskreise ausgeschlossen werden. Der Vorstand lehnte zwar die Fassung eines solchen Beschlusses ab. Das hatte nach der Französisch zur Folge, daß die Wittlieb, soweit sie dem Zentrum angehören, das Vereinslokal verlassen und einen neuen Riegerverein bilden.

Protest der Marburger gegen die Frankfurter Universität.

Dem „A. T.“ wird aus Marburg a. L. gemeldet: Ein etwa 1500 Köpfe starker Zug von Studenten, in dem alle Verbände vertreten waren, mit dem Charakter der „Glatia“ an der Spitze, zog vor das Rathaus, wo die Studenten das Lied „Fürchten heraus“ anstimmten. Dann überreichte Studobus Schöberg dem Bürgermeister trotz einer Adresse der Studentenschaft in der sie ihre Treue zur Alma mater Philippina zum Ausdruck brachten, und in der Protest gegen die Entscheidung in der Universität in Frankfurt eingeleitet wird. Schöberg betrat den Balkon des Rathauses und hielt eine kurze Ansprache an die Studentenschaft, in der er auch den Dank des Bürgermeisters für diese Kundgebung zum Ausdruck brachte. Die Kundgebung schloß mit einem Zug auf die Stadt Marburg.

Parteinachrichten.

Abg. Heine lenkt ein. In einer Zuschrift an den „Vorwärts“ erklärt Genosse Heine, daß er über die Straßenemonstrationen nicht das gesagt habe, was ihn die Zeitungen hätten sagen lassen. Er behauptet, er habe folgendes ausgesprochen: Man dürfe auch nicht glauben, mit einem Schlag viel zu erreichen. Eigentlich revolutionäre Aktionen verdrängen sich durch die Machtverhältnisse und würden nur den Gegnern nützen. Der Massenstreik sei durch die wirtschaftliche Lage ausgeschlossen. Straßenemonstrationen blieben eben bloße „Demonstrationen“, solange keine revolutionäre Macht hinter ihnen stünde. Ihre Bedeutung hätten sie einerseits auf inneren Gebiet als eine Vertiefung des Bewußtseins der Massen nach Kundgebung ihrer Enttäuschung und andererseits als Aktionsmittel zur Aufrechterhaltung der Geschlossenheit. Dagegen könne man nicht glauben, daß sie auf die Regierung und die reaktionären Parteien von Einfluß seien, sie befehlen oder einschüchtern würden. Weiter erklärt Abg. Heine, er habe deshalb an dem Zug nicht teilnehmen können, weil er unmittelbar nach dem Anzug zum Bahnhof hätte gehen und in Gesellschaft nach Halle hätte fahren müssen. — **Mürrich** erwidert der „Vorwärts“, er habe von Teilnehmern der Versammlung gehört, daß die ursprüngliche Version über die Rede Heines östlich im Gemäch gewesen sei. „Aber auch“ so fährt das sozialdemokratische Zentralorgan fort, „die Versicherungen, die Genosse Heine gegen die Ermöglichung der Straßenemonstrationen getan zu haben juchzt, waren unseres Erachtens in dieser Situation durchaus nicht am Platze.“

Aus dem Wahlkreis Stendal-Dierburg. Eine zahlreich besuchte Versammlung der nationalliberalen Vertrauensmänner des Wahlkreises Stendal-Dierburg stellte einstimmig dem jetzigen Abgeordneten des Wahlkreises, Herrn Mann, als Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen auf.

Die Reichstagswahl für den Abg. v. Czernawski im ersten hessischen Wahlkreis ist auf den 8. April angesetzt worden.

Parlamentarisches.

Berichterstattung der Reichsbeamten. Die Abgg. Dr. Dröschel, Pauli (Hotsband), Bernold und Dr. Gies haben folgende Resolution zur zweiten Beratung des Etats für das Reichsmittel des Innern eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die nach der Erklärung des Herrn Staatssekretärs in der 18. Sitzung des Reichstags noch erforderlichen Vorarbeiten für die Einführung einer Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Reichsbeamten so zu beschleunigen, daß ein entsprechender Gesetzentwurf dem Reichstage noch in dieser Session vorgelegt werden kann.

Aus den Kolonien.

Gouverneur v. Schumann reiste am Mittwoch von Windhub ab. Die Bevölkerung bereitet ihm eine große Art Abschiedsbegegnung. Auf den Bergen lobeten mächtige Feuer. Der Bürgermeister Freilich hob das Verlangen der Bevölkerung nach einer gebundenen Diamantenpolizei und nach einer wahren Selbstverwaltung hervor. Er drückte zugleich die Hoffnung aus, daß der Gouverneur v. Schumann nach seiner Ankunft in Deutschland mancherlei über die selbstverwaltenden Verhältnisse in der Heimat bestehende Irrtümer streifen würde. Gouverneur v. Schumann wünschte in seiner Antwort der Kolonie ein gutes Gedeihen.

Kleine politische Nachrichten.

Das Wohnungsgeld der preussischen Beamten. Der preussische Finanzminister wird demnächst eine Note zum Gesetz über die Wohnungsgeldzuschüsse für die preussischen Beamten dem Abgeordnetenrat vorlegen. Gekannt sind im Finanzministerium eine Konferenz zwischen dem Finanzminister und den Präzisionsbeamten des Abgeordnetenhauses statt, in der der Finanzminister die Grundzüge der Note mitteilte.

Eine Militionskritik für Jesuitengelüste.

Aus Wien in Böhmen wird gemeldet: Der im November v. J. verstorbenen Geheime Kommerzienrat G. L. hat seiner Angehörigen und Arbeitern durch testamentarische Verfügung 1.000.000 Mark vermacht. Diese Summe ist für auszugeben. Nach den nächsten Bestimmungen wird für jedes Dienjahr eines Beamten 200 Mark, bei jedem Arbeiter 100 Mark und bei jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin 50 Mark in Anrechnung kommen.

Sof- und Personalsnachrichten.

Der Kaiser nahm vorgestern im kaiserlichen Schloß den Vortrag des Reichstages entgegen. Gekannt unternahm er in

begleitung der Kaiserin im Autorsil eine Spazierfahrt nach dem Tiergarten, die erste nach einer Pause von vier Tagen, während deren der Kaiser sich einer leichten Erkältung wegen Schonung hatte anlegen lassen. Der Kaiser hatte sich für gestern abend zum Essen im Handwörterbuchhaus angesetzt.

Der Prinz Heinrich von Preußen unternahm letzten einen längeren Spaziergang durch die Straßen von London. Daraufhin nahmen er und seine Gemahlin, sowie die Königin Alexandra den See im Kensington-Park beim Pringen und der Prinzessin Heinrich von Battenberg. Dem letzten sei in den Buckingham-Park zurück. Darauf machte Prinz Heinrich einen neuen Spaziergang durch das Viertel von Welsch. Nach dem Diner wohnten das Prinzenpaar und die königliche Familie der Vorstellung im St. James-Theater bei.

Ausland.

Der Elsässer Fiegenschuh.

Der „Matin“ veröffentlicht folgenden Brief, den er am 4. Januar in Wadai gefasste Hauptmann Fiegenschuh seinen in der Kupferhütte in Straßburg wohnenden alten Eltern im Oktober vorigen Jahres geschrieben hat. Der Hauptmann berichtet darin von seinen Lebens- und militärischen Erfahrungen, er habe in Wadai in der Expedition des Tagesbuch der deutschen Afrikareisenden Nachtigal gefunden. Leider sagt er nicht, wo er den Hund gemacht hat und was aus dem Tagebuch geworden ist.

Die Eltern Fiegenschuh in Straßburg sind keine Leute, die zurückgezogen leben und nicht Französisch verstehen, so daß ihr Sohn ihnen Deutsch schreiben mußte. Er entzog sich mit flehentlichem Geben dem deutschen Militärdienst, ging nach Frankreich, trat in die Fremdenlegation als Soldat ein, besuchte dann die Unteroffizierschule und wurde 1895 Unterleutnant und 1903 Hauptmann. Seine Dienstzeit spielte sich fast ausschließlich in den Kolonien ab.

Kleine Tagesnachrichten.

Der Zustand des Bürgermeisters Dr. Rueger ist sehr ernst. Die Entzündungserscheinungen an der Rückenwunde haben zugenommen und gehen in die Tiefe. Der Patient hat furchtbare Schmerzen. Die Ärzte mühten sich entschlossen, eine neue Operation vorzunehmen, die gestern in der Weiskarnofe vorgenommen wurde. Die Operation dauerte eine halbe Stunde. Rueger erholte sich sofort nach der Operation. Er fühlte sich matt, aber erleichtert.

Sieg der Regierung in Nicaragua.

Nach einer amtlich in Paris eingetroffenen Nachricht des Ministers des Innern von Nicaragua sind die Nachrichten über den Sieg der Revolutionäre falsch. Der Sieg der Regierung ist gesichert.

Halle und Umgebung.

6. März a. S., 10. Februar.

Kaiser Heinrich.

Als letztes Bild im Widenbruch-Zyklus folgte gestern abend im Stadttheater dem „König Heinrich“ die gewaltige Tragödie „Kaiser Heinrich“. Das sind große Streiflichter, in das dunkle Mittelalter geworfen, die aus diesen imposanten Szenen vor uns aufrufen. Das sind Aufregungen, letzte, erste Lebensorgane einer Welt, die im Sterben liegt und einer Welt, die aus der Asche erhebt, diese Bilder, die sich hier in wildbewegten Szenen vor unsere Seele stellen. Es ist der Kampf des deutschen Volkstums auf Irwegen und Abwegen, den Widenbruch malt. Mächtig ist der Kaisergedanke im Volke durch Jahrhunderte geblieben, aber der Kaiser, Heinrich der Vierte, ist müde vom Streit mit dem Leben, er ist ein Weiser geworden und seine Zeit verfließt ihm nicht mehr. Mächtig allein in dem alten Manne ist nur noch der Wille, der unbedingte Kaiserwille, der auch die trüglichen Ritter bündigt. Und neben ihm der andere Heinrich, der Feinde, ein grimmer Leu, ein schleichender Fuchs, der dem Vater die Kaiserkrone vom Haupte reißen will. Er ist ganz Wille und Köhlering, aber seine Worte sind krumm, und es ruht kein Segen auf ihnen. Wollen, die reifensten, fischen das uns wieder auf. Menschen, von denen uns die Geschichte findet in tausend Sage gewandenen Geschichten, stehen als Menschen vor uns, und wir sehen sie menschlich handeln. Es ist ein Stück deutscher Geschichte, das sich hier vor uns abrollt, nicht das beste freilich, Italiensgeschichte, deutsche Romantik. Wir folgen mit Staunen...

Das Spiel fand lebhaftesten Beifall bei dem recht gut besetzten Hause. Herr Dr. Lyndall hatte alle Weisheit abgelegt und war vortrefflich. Herr Friedrich war ein echter Heinrich, ein Löwe an Wollen, ein Weiser, ein Philosophen an Taten. Im einzelnen von der Darstellung und Regie, die große Schwierigkeiten fester überwand, in der Abendnummer. D. 8.

Die Verhaftung des internationalen Eisenbahndiebes Hornighausen

von der wir berichtet, ist gestern einem Bericht der „Reichs. Post.“ zufolge in Leipzig wiederholt worden. Dem ausführlichen Vorgang, dem die genannte Zeitung eine längere Notiz widmet, liegt Folgendes zugrunde: Hornighausen wurde von der Halle'schen Kriminalpolizei am 11. Februar festgenommen, aber am 13. Februar wieder entlassen. Inzwischen waren von Halle aus in Leipzig weitgehende und sehr erfolgreiche Nachforschungen angestellt, woraus sich Hornighausen auf telegraphische Aufforderung der Halle'schen Kriminalpolizei am 17. wiederum in Leipzig festgenommen wurde. Ferner ist festgestellt, daß Hornighausen durchaus nicht, wie vielfach in den Blättern zu lesen ist, von früher her viele Verbrechen u. a. auf dem Gewissen hat, sondern bisher durchaus unbescholten war. Auch seine Frau hat von den Eisenbahndiebstählen das Geringste gewußt. Es ist also nicht zutreffend, wenn geschrieben wird, sie habe bei ihrer Vernehmung zugegeben, von den Straftaten Hornighausens Kenntnis gehabt zu haben.

Wirtesversammlung.

Der Neue Halle'sche Gastwirtesverein hatte die hiesigen Wirte zu einer allgemeinen Versammlung im „Bellevue“ eingeladen. Herr Rog, Leiter der Gastwirts-

Bundesverbände aus Darmstadt, beauftragte in seinem Vortrag über die gegenwärtige Lage des Gastwirtsberufs, insbesondere die Bekämpfung, wobei sich auf den Finanzreform herausgehoben, daß die vielen neu hinzugekommenen Steuern beunruhigten die Wirteschaft außerordentlich. Je nach der Bekämpfung der Wirteschaft ist sogar die Lebensfähigkeit mancher Betriebe von den hohen Steuerlasten abhängig. Vielen Wirten ist es unmöglich gemacht, angesichts der drückenden Steuerlasten, wie sie die Finanzreform mit sich gebracht hat, überhaupt zu existieren. Dringend wird auch das Gesetz betr. die mehrten Freitage des Personals empfunden. Dem werden die vielfach gestiegenen Mietzinsen in Darmstadt, die in hiesigen Kreisen, die den Wirt ebenfalls mit großer Schärfe trifft. Das neue Schenkgesetz wird wohl auch keinen Vorteil — wenigstens nicht für die Gastwirte — mit sich bringen. Die Konsumsteuer ist namentlich den Anfängern fesseln an, die es ihm erschweren, sich selbständig zu machen.

Aber nicht nur die Steuern allein machen dem Gastwirt das Leben sauer; fast noch bedrückender für einen kleinen Geschäftsbetrieb ist die Konkurrenz. Es komme da in erster Linie der immer weiter um sich greifende Absatz der Konkurrenz in Betracht. In ihm muß ein beträchtlicher Bemühen erblickt werden. Es wird ausgeführt, weshalb eine Eingabe an den Reichstag ausgearbeitet, worüber die Abgabenverwaltung resp. die betr. Händler dem Konsumgesetz zu antworten werden sollten. Eine weitere Konkurrenz liegt in den Systemverhältnissen zu erblicken. Nicht an letzter Stelle stehen dann zu diesem Punkt die unzureichenden Anmietpreisen. Wenn auch ihre Höhe auf 10 Uhr abends festgesetzt ist, so trifft es sehr oft zu, daß der manchmal höchst zweideutige „Geschäftsbetrieb“ in räumlich gelegenen Räumlichkeiten fortgesetzt wird. Darauf, wie auf dieses Gebot überhaupt, sollte die Polizei ein noch schärferes Augenmerk richten.

Mit dem Wunsch, die Gastwirte möchten durch engen Zusammenschluß ihr Gewerbe verbessern, schloß der Referent seine interessanten Ausführungen.

In einem zweiten Vortrag behandelte Herr Rog die Haftpflicht- und Sterbefällen-Versicherung, in einem weiteren Vortrag das im Bezirk des Verbandes befindliche Kolonial- und Seltersgewerbe im Rheinland, das gute Ergebnis zu verzeichnen hat.

Die Beschlüsse, die unter dem Vorsitz des Herrn M. Stephan stattfand, folgte den Ausführungen mit regem Interesse.

Die Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung ist ein Problem, das unlängst auch unsere hiesigen Behörden beschäftigte und jedenfalls noch in diesem Jahre bei Halle in irgendeiner Form erledigt werden wird.

Da interessiert die Nachricht, daß die Arbeitslosenversicherung jetzt auf Anregung der Stadtverordneten durch den Stadtrat zu Freiburg i. Br. beschlossen ist.

5. Symphonie-Konzert der Halle'schen Orchester-Vereinigung. (Veranstaltet: Hofrat Max Richards. Gastdirigent: Dr. Richard Strauß. Gesangsliste: Operngesang Franz Frank.) Gestern fand einer der großen Mozartabende der Saison statt. Generalkonzepte des Hofrats Strauß war erschienen, um Hallische und eigene Werke zu dirigieren. Der Vorliebe des Komponisten für Mozart entspricht die geistreiche und malerische Gestaltung der 5. Symphonie (Jupiter-Symphonie) des Meisters. Von eigenen Werken hat Strauß die originale, weniger in melodischer als in instrumentaler und rhythmischer Hinsicht interessante Komposition: „Till Eulenspiegels lustige Streiche“ (nach alter Sagenweise) gewählt. Den Schluß des Konzerts bildete die Fandichtung: „Tod und Verklärung“. Dagegen sang Herr Franz Frank vom Stadttheater den „Hymnus“ von Schiller und „Niglers Morgenlied“ von Goethe mit Orchesterbegleitung von Richard Strauß. Die Interpretation dieser Werke durch den Komponisten selbst war kurzweg hervorragend. Der Beifall des überaus zahlreich erschienenen Publikums nahm fast ungeheure Dimensionen an. — In der Abendausgabe Auszüge liederes.

Handtätschen-Diebstahl. Vorgestern abend wurde einer Dame, als sie in Begleitung eines Herrn den Abdozentenweg entlang ging, der Pompadour gewaltsam entzogen. Der Dieb — ein 17-jähriger Junge — entkam jedoch unerkannt, trotzdem verschiedene Passanten die Verfolgung aufnahmen.

Vom Auto überfahren. Gestern nachmittag 1/2 Uhr wurde in der Medelstraße eine Frau von einem Kraftwagen einer hiesigen Firma überfahren. Die Frau, die ansehnend erhebliche Verletzungen erlitten hatte, wurde in ein Haus geschafft.

Provinzial-Nachrichten.

Ein furchtbarer Jertum.

8. Sondershausen, 18. Febr. In dem amtlichen unserer Stadt und Selbsta belegenen Chauffeurenscheke hat gestern abend kurz nach 7 Uhr der fortbekannte Speiser das Dienstmädchen des Chauffeurenschekes und Johann sich selbst erschossen.

Die „Nordh. Allg. Ztg.“ erzählt dazu gegenüber folgenden Gerüchten: Sp. hat das Mädchen keineswegs mit Missetat getötet, sondern der Vorfall ist lediglich auf einen verhängnisvollen Jertum zurückzuführen. Speiser stellte mit geladenem Gewehr eine Nische des Wirtes, die sich schon längere Zeit in der Nähe des alleinstehenden Chauffeurenschekes umtrieb. Das Dienstmädchen eine Nische des Wirtes, wollte den bellenden Hund im Hof anlegen. Jemeliosselte feststellte, daß sie dann auf den Niegel des Spalters, das Hofraum und Garten trennt, getreten ist, um über das Spalter zu schauen. Das plötzliche Entweichen des Mädchens föhrt der unglückliche Schuß in der Fellegroneur für die geladene Kugel und schloß. Als dann der fellegroneur junge Mann die erschreckten Folgen seines Schusses erkannte, richtete er in der Verzweiflung die Waffe gegen sich selbst.

Speiser, der aus Kosthet bei Ebeleben kommt, war von der Frau'schen Fortwärtung in Ebeleben seit ungefähr zwei Jahren als Fortwärtiger angestellt. Von keinem Fortwärtiger ihm das beste Zeugnis ausgeht. Das junge Mädchen hatte sich gestern noch einen Waschenangestellter, um am kommenden Sonntag hierseits einen Maschinenball zu besuchen.

Postnach.

Qua, 17. Febr. Gestern abend ist im hiesigen Postamt von außen mit einem Brett eine Fensterhebe eingeschlagen und die

